

politik. offen NEWSLETTER

Ausgabe: 12/ März 2011 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL; Texte: Sabine Sieble, Tobias Virgin, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Németh

Liebe Leserinnen und Leser,

während die letzten Wochen im Parlamentsbetrieb in puncto Entschlussfreudigkeit der Staatsregierung eher statisch verliefen, gestaltete sich die Arbeit außerhalb des Landtages wie gewohnt bunt und lebendig. So etwa zu den Special Olympics, den Winterspielen für Menschen mit geistiger Behinderung, die in Altenberg stattfanden und denen ich mit viel Vergnügen beiwohnte. Oder zur Eröffnung unserer Ausstellung „100 Schritte in die richtige Richtung“ anlässlich des 100. Jubiläums des Frauentages. Pünktlich zu diesem Jahrestag wurde bekannt, dass der Landesfrauenrat aufgrund des Kahlschlages durch die Staatsregierung seine Geschäftsstelle schließen muss. Diesen Kürzungen zum Trotz müssen wir das Projekt Gleichstellung weiter voran treiben. Zur Motivation eignet sich wiederum das Motto der Special Olympics: „In jedem von uns steckt ein Held.“ Oder eben eine Heldin!

Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese



100 Jahre Frauentag: Ausstellungseröffnung der ASF

„100 Schritte in die richtige Richtung“ – so heißt die Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Chemnitz anlässlich des 100. Jubiläums des Internationalen Frauentags. Zu sehen ist sie bis zum 20. März in der Schönherrfabrik, im Gebäude 10c. Treppauf und treppab hängen dort Errungenschaften, Portraits und Erfindungen von Frauen, die von der Französischen Revolution bis heute die Gleichstellung voran getrieben haben. Die inhaltliche Bandbreite reicht dabei von Marie Curie bis Coco Chanel; auch engagierte Sozialdemokratinnen wie Regine Hildebrandt oder Hannelore Kraft werden gewürdigt. Im Rahmen der Ausstellungseröffnung, die musikalisch von Eckehard Erben (u.a. auf der Geige) begleitet wurde, staunten die BesucherInnen, welche täglich genutzten Gegenstände auf den Ideenreichtum von Frauen zurückzuführen sind: etwa der Geschirrspüler oder der Scheibenwischer am Auto. „Das hätte ich nicht gedacht“, war aber nicht nur beim Betrachten der Erfindungen zu vernehmen, sondern auch beim Nachlesen historischer Daten: So wurde erst 1956 das 1858 eingeführte Zölibat für Lehrerinnen in Baden-Württemberg aufgehoben. Die Recherche und Gestaltung der Ausstellung machte den beteiligten Frauen Anja Poller, Sabine Sieble, Hannah Reinl, Kerstin Obermeyer und der ASF-Chefin Peggy Szymenderski viel Spaß und sie freuen sich nun, dass das Ergebnis ihrer Arbeit auf viel Interesse stößt. Die Ausstellung wird zunächst in Chemnitzer Bürgertreffs wandern, danach wird sie an den Rhein geschickt – die Gleichstellungsstelle in Pulheim in der Nähe von Köln hat bereits Interesse bekundet.



Besucherinnen und Besucher der Ausstellungseröffnung



Bericht aus dem Plenum – Antrag zum Rechtsanspruch auf Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose Eltern bei Elternabenden

Bei hörenden Kindern gehörloser Eltern liegen Freud und Leid nah beieinander: Sie haben das Privileg, hörend zu sein und damit den Zugang zu einer Welt, die ihren Eltern verschlossen bleiben wird. Gerade deshalb wird von ihnen als „Schlüssel“ häufig Gebrauch gemacht, etwa bei Elternabenden, wenn sie als Dolmetscher fungieren müssen. Um ihnen wenigstens in diesem Fall eine Unterstützung zu bieten, hat die SPD-Fraktion einen Rechtsanspruch auf Gebärdendolmetscher in einem Antrag formuliert. Bereits die vorab bekannte Stellungnahme zur Staatsregierung zeigte deutlich: Sachlich gibt es an dieser Forderung nichts auszusetzen. Dennoch wurden Gründe für eine Ablehnung gesucht. Zunächst argumentierten die CDU mit dem so genannten „Gehörlosengeld“, einem monatlichen finanziellen Ausgleich von 103 Euro, den Gehörlose, die VOR dem 7. Lebensjahr gehörlos wurden, erhalten. Da die Buchung eines Gebärdendolmetschers sehr preisintensiv ist, können Gehörlose davon gut eine Stunde Dolmetschen inklusive Mehrwertsteuer und Anfahrtkosten bezahlen. Das reicht freilich nicht aus, um die monatlich entstehenden Mehrkosten abzudecken. Außerdem ist dieser Nachteilsausgleich für den Nachteil gedacht, gehörlos zu sein, und nicht für den Umstand des Elternseins. Hier sollten gleiche Bedingungen für alle Eltern geschaffen werden, auf Elternabenden mit den Lehrern zu kommunizieren. Die CDU und FDP hielten weiterhin entgegen, dass die Forderung „zu klein“ sei. Alle weitreichenderen Anträge wurden aber bisher ebenso abgelehnt. Die gesamte Debatte, die von Sozialministerin Clauß durch das Ablesen der bereits bekannten Stellungnahme der Staatsregierung beschlossen wurde, zeigte deutlich, was Hubert Hüppe (Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, CDU) unlängst zu einer Anhörung sagte: Wer Inklusion will, sucht Wege. Wer sie nicht will, sucht Ausreden.“



Eine Szene aus dem Film „Jenseits der Stille“, der das Leben hörender Kinder gehörloser Eltern thematisiert

**Parlamentarische Initiativen**

In den letzten Monaten reichte Hanka Kliese zu folgenden Themen Kleine Anfragen an die Sächsische Staatsregierung ein bzw. initiierte sie für die SPD-Landtagsfraktion folgende Anträge:

- Veränderung der Verordnungsgrundlage für Sonderparkgenehmigungen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (Kleine Anfrage)
- Überfall auf eine Veranstaltung in Chemnitz im August 2010 (Kleine Anfrage)
- Berufsausbildung hörbehinderter und gehörloser Menschen in Sachsen (Kleine Anfrage)
- Integrationsprojekte nach § 132 SGB XI in Sachsen (Kleine Anfrage)
- Projekt „Inklusion in Sachsen“ des Lebenshilfe-Landesverbandes Sachsen (Kleine Anfrage)
- Konsequenzen für die Selbsthilfe in Sachsen aus dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes (Kleine Anfrage)
- Rechtsanspruch auf Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose und hörgeschädigte Eltern von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen (Antrag)
- Aktionsplan zur Umsetzung Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (Antrag)
- Entschließungsantrag zur Großen Anfrage zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen
- Artgerechte Pferdehaltung in Sachsen – Verbot der Anbindehaltung (Ständerhaltung) von Pferden (Antrag)

Die Anfragen, die Antworten u.a. Dokumente können Sie auf der Seite des Sächsischen Landtags (www.landtag.sachsen.de) unter Parlamentsdokumente oder unter www.hanka-kliese.de unter der Rubrik Landtag einsehen.

Downloads

 KIAnfr Menschen mit Behinderung in Ausbildungsverhältnissen	360 K
 KIAnfr Überfall auf eine Veranstaltung in Chemnitz im August 2010	106 K
 KIAnfr Berufsausbildung hörbehinderter und gehörloser Menschen in Sachsen	131 K
 Offener Brief des Bündnisses "Gemeinsam für die Region Chemnitz" zum Erhalt der Landesdirektion in Chemnitz	602 K
 SPD-Antrag Rechtsanspruch auf Gebärdensprachdolmetsche für gehörlose und hörgeschädigte Eltern von Kindern in Kindertagesstätten und Schule	79 K
 KIAnfr Integrationsprojekte nach § 132 SGB XI in Sachsen	230 K

Auf www.hanka-kliese.de finden Sie unter der Rubrik Landtag alle aktuellen parlamentarischen Initiativen.



Nachbarschaftsbrunch mit Hanka Kliese

Unter dem Motto „Wie viel Sozialstaat bleibt nach den Kürzungen?“ sprach Hanka Kliese am 23. Februar im IKARUS-Treff mit ca. 20 Chemnitzerinnen und Chemnitzern. Die Landtagsabgeordnete stellte kurz die mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2011/12 beschlossenen Kürzungen im Sozialbereich vor. Die Antwort auf die Frage eines Gastes nach den Kriterien für oder gegen die eine oder andere Entscheidung rief Kopfschütteln hervor, ist es doch oft so, dass (Änderungs-)Anträge der Opposition nicht aufgrund der Argumente abgelehnt oder befürwortet werden. Vielmehr steht der Fraktionszwang im Vordergrund der Entscheidung. Die Einschätzung von Hanka Kliese, dass die Finanzmittel im Freistaat mitunter falsch verteilt sind oder nicht bedarfsgerecht ausgegeben werden, konnten einige am Tisch mit konkreten Beispielen untermauern. In der Diskussion wurde besonders deutlich die von vielen gefühlte Ohnmacht gegenüber „der“ Politik, ein Gefühl des „Es-ändert-sich-ja-doch-nichts“, angesprochen. Hier sei Politik gefragt, so Hanka Kliese. Politik müsse – nicht nur, aber gerade vor anstehenden Wahlen – sagen, was in der kommenden Legislatur mit welchen Mitteln machbar ist oder aber welche mitunter auch schmerzhaften Entscheidungen getroffen werden müssen und welche Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger daraus resultieren. Dass aber Veränderungen auch im Kleinen wichtig sind und nicht immer „die da oben“ erreichen müssen und können, bestätigten einige der Anwesenden. Gerade in solchen Diskussionsrunden wie dem Nachbarschaftsbrunch bewegt man vielleicht im Sinne eines Umdenkens oder eines veränderten Problembewusstseins etwas im Kleinen.



Rege Beteiligung zum Nachbarschaftsbrunch im IKARUS-Treff



Zurück auf die Schulbank – für den Erhalt der Georg-Weerth-Mittelschule

Eine besondere Schulstunde hielt der einstige Chemnitzer Superintendent Christoph Magirius am 3. März auf dem Marktplatz ab. Bei frostigen Temperaturen drückten mehrere Chemnitzer PolitikerInnen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Schulbank – für ein gutes Ansinnen. Die Georg-Weerth-Mittelschule hatte den Unterricht unter freiem Himmel organisiert, um auf ihre Situation (die Schule ist von der Schließung bedroht) aufmerksam zu machen. Als Lehrer fragte Christoph Magirius seine SchülerInnen ab, was für einen Erhalt der Schule spricht, auf diese Weise kamen viele gute Argumente zusammen. Nicht zuletzt mit dieser Aktion zeigt die Georg-Weerth-Mittelschule, dass sie über kreatives Potential sowie engagierte LehrerInnen und SchülerInnen verfügt. Für den Erhalt der Schule müssen aber nicht nur sie, sondern auch parteiübergreifend alle Chemnitzer Landtagsabgeordneten in Dresden streiten.



Eine Schulstunde der besonderen Art auf dem Marktplatz



4. Arbeitskreistreffen „Inklusion in Sachsen“ am 1. März

Am 26. März 2009 feiert die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ihren zweiten Geburtstag. Damit einher geht, dass die einzelnen Bundesländer über den Stand der Umsetzung berichtet müssen. Der Bericht für Sachsen dürfte aller Voraussicht nach äußerst mangelhaft ausfallen. Frau Silke Hoekstra sowie einige TeilnehmerInnen des Arbeitskreistreffens merkten an, dass sich die Landespolitik, genauer die Oppositionsparteien im Sächsischen Landtag, derzeit verstärkt auf das Thema der Inklusion an Schulen konzentriert – eine Entwicklung, die die Geschäftsführerin der Lebenshilfe als „bedrohlich“ bezeichnete. Ihrer Einschätzung nach unterscheidet sich die Diskussion zwischen der Politik und der AG „Inklusion in Sachsen“. Beispielsweise werden pädagogische Konzepte zur Umsetzung einer inklusiven Schule seitens der Politik zu wenig diskutiert; ebenso wie Inklusion nur einseitig auf Menschen mit Behinderung bezogen, nicht jedoch auch auf Menschen mit Migrationshintergrund oder in sozialen Notlagen gedacht werde. Angesichts der mangelnden Umsetzung der Konvention in Sachsen waren sich die TeilnehmerInnen des Arbeitskreistreffens einig, dass nur durch Gesetzesänderungen schnell etwas erreicht werden kann. So sollte beispielsweise die Schulintegrationsverordnung, aber auch die Hierarchie zwischen Denkmalschutz und baulicher Barrierefreiheit geprüft werden.



Logo des Projektes „Inklusion in Sachsen“

5. März in Chemnitz – eine Nachlese

Anlässlich des 66. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im 2. Weltkrieg meldete die NPD einen „Trauermarsch“ durch die Stadt Chemnitz an. Zahlreiche Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen riefen an dem Tag zu friedlichen Protesten, Gegendemonstrationen und Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt auf. Rund 1000 Chemnitzerinnen und Chemnitzer kamen zum Theaterplatz, wo neben der Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, viele weitere politische und gesellschaftliche Akteure der Stadt ihre Reden zum 05. März hielten. Die SPD Chemnitz war mit einem Infostand am Theaterplatz vertreten. Die Genossinnen und Genossen verteilten selbstgemachten Muffins und belegten Broten für das „Demokratiepicknick“ sowie Informationsmaterial zum Thema Rechtsextremismus, Antinaziflyer und Buttons. Die Marschroute der rund 400 Rechtsextremisten wurde von Anfang bis Ende von Gegendemonstranten begleitet, die ihrem Protest in Sicht- und Hörweite durch „Nazis raus“-Rufe und Transparente Ausdruck verliehen. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wurde das unverhältnismäßige Vorgehen einiger Polizisten gegenüber den Demonstrationsteilnehmern kritisiert.



Sabine Sieble und Hanka Kliese hielten am 5. März die „Endstation Rechts“-Fahne hoch.



19. Februar in Dresden – eine Nachlese

Pflastersteine flogen, Demonstranten wurden mit Schlagstöcken und Wasserwerfern attackiert, die Stadt war im Ausnahmezustand, Passanten konnten sich nicht frei bewegen, ein linkes Wohnprojekt wurde angegriffen, über fünfzig Polizisten verletzt und schließlich: Es konnten keine Neonazis durch Dresden marschieren. So fällt in Kürze die Bilanz des 19. Februar aus. Natürlich überwiegt der Erfolg über die Rechtsextremisten. Dennoch darf er nicht losgelöst von anderen Ereignissen an diesem Tag betrachtet werden. Übergriffe autonomer Gewalttäter trüben das Bild der bunten, fröhlichen, friedlichen Gegendemonstration. Gewalttaten von Rechtsextremisten zeigen deutlich, dass der Wolf sich nicht immer scheut, seinen Schafspelz abzulegen. Die wohl am häufigsten gestellte Frage der beobachtenden „NormalbürgerInnen“ lautet wohl: „Warum verbieten die das nicht gleich?“. Doch so einfach kann es in einer Demokratie nicht gehen. Die Versammlungsfreiheit gilt auch für Neonazis, daran etwas zu ändern, wäre wiederum verfassungswidrig. Daher ist der friedvolle, zivile Widerstand gefragt. Möglichkeiten gab es dazu am 19. Februar nicht genug. Zwischen „hinter der Gardine stehen“ und in der Blockade sitzen gab es nur wenig Angebote. Vereinzelte Mahnwachen, sofern sie nicht verboten wurden (!), verpufften in ihrer Wirkung. Neben der innenpolitischen Aufgabe, die Auslegung des Versammlungsrechtes zu prüfen, wird es in den nächsten Jahren immer wichtiger, Demonstrationen weiter für die Zivilgesellschaft offen zu gestalten.



Martin Dulig, Hanka Kliese und Henning Homann am 19.2. in Dresden

Quelle: couragefoto@googlemail.com



Special Olympics in Altenberg

Am 2. März besuchten Hanka Kliese und Sabine Sieble die Special Olympics in Altenberg, die Nationalen Spiele für Menschen mit geistiger Behinderung. Bei strahlendem Sonnenschein zeigten die über 600 Sportlerinnen und Sportler, dass das Motto der Spiele gut gewählt war: „In jedem von uns steckt ein Held“. Neben den sportlichen Wettkämpfen informierte sich die behinderten- und sportpolitische Sprecherin bei den Veranstaltern über die Entstehung, Organisation und Durchführung der Spiele. Obschon die Spiele bewusst als separate Veranstaltung gewählt sind, diskutieren die Verbandsvertreter eifrig über Inklusion und die Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention für ihr Projekt. Der sächsische Vorsitzende Holger Bayn erwartet große Veränderungen für die kommenden Jahre und sieht diesen optimistisch und erwartungsfroh entgegen. Bereits jetzt werden von seinem Verband auch gemeinsame Sport-Ereignisse von Jugendlichen mit und ohne Behinderung organisiert. Für Sabine Sieble und Hanka Kliese zeigte der Besuch in Altenberg einmal mehr, dass es für Menschen mit geistiger Behinderung mehr Freizeitangebote, auch im Sportbereich, geben sollte. Die Begeisterung der Sportlerinnen und Sportler wirkte jedenfalls ansteckend und eignet sich wunderbar als Motivation für vor uns liegende zähe parlamentarische Prozesse, die das Thema „Inklusion“ voran bringen sollen.



Ein Teilnehmer der Special Olympics bei der Zieleinfahrt